

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Druckamt
Tageblatt Riessa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1530.
Verlag:
Riessa Nr. 52.

Nr. 55.

Freitag, 6. März 1931, abends.

84. Jahrgang.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorräumlich, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Achtzellige Unterdrückungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riessa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riessa.

Sage der europäischen Außenminister.

Eine Woche nach dem Deutschen Reichstag befaßte sich die französische Kammer mit dem Haushalt des Außenministeriums. Selbstverständlich benutzte Briand die Gelegenheit, um erneut die Erfolge seiner Außenpolitik vor ganz Frankreich auszuweisen. Wir pflichten ihm vollkommen bei, wenn er den Standpunkt vertritt, daß Leben und Tod der europäischen Völker von der deutsch-französischen Annäherung abhängt. Leider sind wir aber nicht in der Lage, dem französischen Außenminister darin zu folgen, daß er glaubt, mit Rezepten, die im Versailler Vertrag stehen, die wie das Wiener Protokoll ausfallen oder die Vorschläge d. Vorbereitenden Abrüstungskonferenz dieses Ziel erreichen zu können. Es wird ein länger und schwieriger Weg sein, der die Franzosen aus den Irreführungen derartiger sinnentwerfender Gedankengänge heraus in das Reich wahrer politischer Erkenntnisse führt. Das zeigt nicht klarer als die triumphale Mehrheit der französischen Kammer, die mit 551 gegen 14 Stimmen den Haushaltsplan des Außenministeriums parlamentarisch verabschiedete. Außenminister Briand mag sich im Rechte dieser Zahlen fühlen und etwas beruhigter dem Wahlsitz entgegenzusehen, an dem das französische Volk den nächsten Präsidenten der Republik wählt, und aber ist es recht ungenügend zu klagen.

Der italienische Außenminister Grandi zeigte Frankreich in den letzten 12 Monaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit die kalte Schulter. Erst auf die persönliche Intervention des englischen Außenministers Henderson entschloß er sich, eine andere Haltung einzunehmen und sich in der Flottenabrüstungsfrage mit Frankreich zu verständigen. Der Vertrag, den Henderson, Briand und Grandi schlossen und an dessen Zustandekommen der englische Direktor des Auswärtigen Amtes Craigie das Hauptverdienst trägt, heißt weder Flottenvertrag von London, noch Abkommen von Paris, sondern der Pakt von Rom! So wollte es Grandi und das schmeichelt Mussolini. Aber dieser Vertrag von Rom ist nur eine Chapeau. Bis zum Jahre 1933 verhängt man sich über die Abrüstung zur See. Die viel härtere Arbeit der Landabrüstung wird man im nächsten Frühjahr zu machen haben. Aber immerhin ist eine Atempause von nahezu 5 Jahren gegeben. Es will uns etwas schmerzhaft vorkommen, wenn die englische Regierungspresse den Italienern nahelegt, diese politische Pause dazu auszunutzen, um mit den Franzosen auch die ungelösten Fragen in Tunis und Algier, in Tripolis und in Erytrea zu lösen.

Unser eigener Reichsaussenminister Dr. Curtius erwiderte sodann den Besuch, den im letzten Jahre der österreichische Bundeskanzler und Außenminister der deutschen Reichsregierung in Berlin abstatte. Leider konnte Reichskanzler Dr. Brüning die Reise an die schöne bunte Donau nicht mitmachen, da innerpolitische Schwierigkeiten, von denen wir anlässlich der Verabschiedung des Haushalts für Erweiterung der Landwirtschaft schon einige Kostproben bekamen, ihn in der deutschen Reichshauptstadt festhielten. Aber auch im Prater blühen noch nicht die Bäume. Immerhin fand Dr. Curtius, unser Reichsaussenminister der vornehmen Sachlichkeit, schöne und erhebende Worte über die deutsch-österreichischen Beziehungen. Österreich und Deutschland leisten gemeinsamen Dienst am deutschen Volke, woraus sich von selbst die Solidarität, ja man könnte sagen, die Identität der österreichischen und der deutschen Politik ergibt. Wir haben schon vor 2 Jahren an dieser Stelle festgestellt, daß auf dem Gebiete des Strafrechts die Identität geradezu vorbildlich ist. Leider sind dem guten Beispiel unserer Strafrechtler die Strafschlichter, die Kulturpolitiker, die Diplomaten und die Staatsmänner nicht mit gleicher Fixigkeit und Entschlossenheit gefolgt. Indem wir dies in Erinnerung bringen, möchten wir angelegentlich der ungelösten Arbeitslosigkeit, unter deren sozialwirtschaftlichen Folgen wir leiden, anregen, daß unsere Wirtschaftsführer aus ihrer doch etwas bedenklichen Verhärzung baldig zu etwas größerer Aktivität sich antraffen.

Beranlassung dazu gibt jedenfalls auch der weitpolitische Erfolg, den der englische Außenminister Henderson und der Staatssekretär für Indien, Woodrow Wilson, in den Vereinbarungen erzielten, die der indische Vizekönig Lord Irwin mit dem Führer der Kongresspartei, Mahatma Gandhi, abschloß. Was während der fünfwöchentlichen Beratungen der Round-Table-Konferenz in London Sir James Salast unumgänglich schien, ist jetzt in den Bereich der Wirklichkeit gerückt, daß nämlich die indischen Nationalisten, die stetsbewußt die staatliche Simonkommission auf ihrer ersten und zweiten Reise während der letzten beiden Jahre systematisch boykottiert hatten, jetzt im Bogen stehen, sich mit den indischen Fürsten, den Mohammedanern, den Sikhs und den anderen Gruppen an den runden Tisch zu setzen und gemeinsam mit den Engländern die sozialen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Fragen der kommenden Verfassung des indischen Reiches zu beraten. Die englische Regierungspresse feiert mit Recht die Konvention Irwin-Gandhi als einen großen außenpolitischen Erfolg. Nur die Diebstahlsucht und die enghirnige Geschäftswelt, denn der Boykott der englischen Waren, der sich allmählich für Großbritannien in Milliardenverluste auswuchs, hört auf. Damit fällt einer der Hauptgründe für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise in wenigen Wochen weg. Neues Leben kommt in die Nationen. Unsere deutschen Wirtschaftsführer sind klug beraten, wenn sie sich rechtzeitig auf die bevorstehende Entwicklung einstellen und daraus jetzt schon die nachfolgenden Folgerungen ziehen. Einmal mehr doch Frühling werden!

Reichsminister Dr. Brüning über deutsche Innenpolitik.

Scharfe Abrechnung mit den Kommunisten.

dd. Berlin, den 5. März 1931.

Reichstagspräsident Lohé eröffnet die Reichstags-Sitzung um 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Kommunisten, einen Antrag zu beraten, wonach ein Abbau der Löhne der Arbeiter bei Reichsbehörden nicht erfolgen, sondern im Gegenteil eine Lohnerhöhung eintreten soll. Der Ausschuss des Antrages auf die heutige Tagesordnung wird jedoch widersprochen.

Dann schloß das Haus die zweite Sitzung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums

fort.

Hr. Schmidt-Düsselhof (D.S.P.)

betont, daß die politische Gesamtsituation des Innenministeriums Dr. Brüning mit den Anschauungen der Deutschen Volkspartei keineswegs übereinstimme. Wenn die Partei in diesem Augenblick die politischen Konsequenzen daraus nicht ziehe, dann sei dafür die Rücksicht auf die politische Lage und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers maßgebend, dem sie irgend vermeidbare Schwierigkeiten fernzuhalten wünsche. Der Thüringer Volkskassenrat habe zu einer nur mühsam verhaltenen Niederlage des Ministers geführt. Gegen ein ähnliches Vorgehen in Braunschweig habe die Volkspartei rechtzeitig beim Reichskanzler intervenieren können. Andererseits habe der Minister bei der Aufführung gewisser Vorstimmnisse in der preussischen Polizei außerordentliche Zurückhaltung beobachtet. Verhättnis Bedenken bezug auf die zunehmende Politisierung des Landvolks. Es gebe nicht an, daß beispielsweise im Berliner Ueberwachungsamt nur ein sozialdemokratischer und ein demokratischer Abgeordneter seien.

Der Redner wendet sich dann gegen den Wahlreformentwurf des Ministers, der ein unzulänglicher und einseitiger Vorschlag sei. Eine wirkliche Wahlreform dürfe an den Grundfragen des Wahlalters und des Verhältniswahlrechts nicht vorbeigehen. Praktisch laufe der Entwurf auf eine Mundtotmachung der bürgerlichen Mitte hinaus, die nicht im Staatsinteresse liege und von der Deutschen Volkspartei entschieden bekämpft werde.

Der Redner verlangt, daß der kommunistische Gefahr nachdrücklicher entgegengetreten werde. Zum Nationalsozialismus erklärt er, daß man die glühende nationale Leidenschaft und die idealen Momente in dieser Bewegung nicht verkennen könne. Sie sei zudem eines der seltenen inneren Bollwerke gegenüber dem Kommunismus. Der Redner begründet weiter den nationalparteilichen Verfassungsantrag und bittet, den Antrag dem Reichsausschuß zu überweisen. Der Antrag wolle einige der allerdringlichsten Punkte der Lösung aufzuweisen. Den gegenwärtigen politischen Zustand in Preußen empfinde die Deutsche Volkspartei als unerträglich. Sie werde sich deshalb nachdrücklich für das von Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren einsetzen. Der Reichsinnenminister müsse als Verfallungsminister für die ungelöste Durchführung dieses Volksbegehrens ein wichtiges Auge haben.

Die scharfe Angriffsrede hatte im Reichstag besonders bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien lebhaften Aufsehen erregt. Die Mitte und die Rechte reagierten darauf wiederholt mit Gelächter.

Reichsinnenminister Dr. Brüning

wandte in seiner Erwiderung eine erheblich mildere Tonart an als sein Anreifer.

Er erklärte zunächst, er habe mit seiner Rede gewartet, um erst noch die Ausführungen seines vertriehenen früheren Mitarbeiters Schmidt zu hören. (Heiterkeit.) Ich habe mich, so fährt der Minister fort, lokal an die Richtlinien der Politik gehalten, die nach der Verfassung d. Reichskanzler ausstellt. In diesem Rahmen liegt auch mein Verhalten in der Thüringer Volkskassenangelegenheit. Der Abgeordnete Schmidt nimmt zu diesen Dingen eine andere Stellung ein als kein Parteimitglied v. Kardorff, von dem das Wort von der "thüringischen Zwangsrede" stammt und der auch gesagt hat, es tue ihm in der Seele weh, wenn er seine politischen Freunde in Thüringen in Gesellschaft der Nationalsozialisten sehe. (Sehr gut! links.) Ich habe die Volkskassenangelegenheit gegen Thüringen aufgehoben, und bin deshalb von links und auch von einem Teil der Mitte angegriffen worden. Ich habe es getan, nachdem in dem Vergleich mit den Thüringern und der thüringische Sozialminister Baum die wichtigsten Zusammenhänge gegeben habe. Die Herren von der äußersten Rechten haben die Flucht aus der Politik gesucht, ein Kollektivkrisis, wie er nur im Lande der Dichter und Dichter möglich ist. Durch das unzulässige Gebot vom Bürgerkrieg wird die schwere Wirtschaftskrise, unter der wir leiden, nur noch verschärft.

Ich habe ein viel zu großes Vertrauen zu den Landesparlamenten, daß sie einem solchen Versuch mit allen Mitteln entgegenzuwirken wollen und auch können. Der thüringische Innenminister Dr. Fried spielt nun mit dem Gedanken, in Weimar eine Art Parlament der nationalen Opposition zu schaffen. Er meint, daß dieser Gedanke in die Tat umgesetzt werden soll, wenn es die Führer der nationalen Opposition für richtig halten. Die Herren mögen sich getroßt in Weimar

oder meinetwegen auch in einem Saal dieses Hauses zusammenfinden. (Heiterkeit.) Dagegen wird nicht einzuwenden sein. Aber etwas anderes ist es, wenn ein verfassungsmäßiger Innenminister eines Landes vor der Jugend mit einem solchen nicht ganz mißverständlichen Begriff spielt. Das wäre eine revolutionäre Tat. (Sehr wahr! links) und es müßte dagegen das eingetret werden, was als Reichsregierung in der Verfassung vorgesehen ist. (Zustimmung links — Jura! von den Kommunisten: Ach, Ach!)

Die Polemik des Hrn. Schmidt gegen die nationalsozialistische Agitation ist etwas kurz geraten. Was sich hier an logenemmen Neuen regt, ist doch recht bedenklicher Natur. Der nationalsozialistische Hrn. Rosenberg schreibt die Idee der nationalen Ehre vertraue keine gleichwertige Kraft neben sich, weder die christliche Liebe noch die Humanität, noch die römische Philosophie. Unter geplatztes deutsches Volk bedarf aber doch wirklich wohl der christlichen Barmherzigkeit, die von den Nationalsozialisten abgelehnt wird. Was sich in der Studentenschaft jetzt vielfach zeigt, ist nicht freier Jugendgeist, sondern eine Verrohung, die mit deutschem Kulturgut nichts zu tun hat. (Zustimmung links in der Mitte.) Ich schene mich nicht zu sagen, daß ich es für eine Staatsnotwendigkeit halte, die Unversität und die Schulen wieder zu entpolitisieren. (Beifall.) Unter Augenmerk wird sich weiter in sehr hartem Maße auch fernerhin auf den Nationalismus anrichten haben, wie er dem deutschen Volk von der äußersten Linken vorgelebt wird. (Sehr wahr! von den Kommunisten.) Wir haben die Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgt (Zuruf v. d. Komm.: Dönsen! auch mit Augen. — Heiterkeit), jedoch mit großem Nutzen, und sind nicht entschlossen, uns diese Dinge auch nur einige Wochen länger gefallen zu lassen. (Fortsetzung der Rede des Hrn. d. d. Komm. — Hr. Jadaich (Komm.) greift in Zursitzen den Minister persönlich an und wird schließlich nach verschiedenen Ordnungsrufen aus dem Saal gewiesen.)

Dr. Brüning fortfährt: Die Rede habe verweist auf die Bedeutung der katholischen Diktatur. Wenn gerade in den letzten Wochen in steigendem Maße in den sogenannten Gottlosen-Abenden Priester im Ornat mit dem Kreuz nicht nur schmählich behandelt werden, sondern ihnen alles heruntergerissen wird, so muß ich schon sagen, daß unsere bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügt haben, um diesen Auswüchsen barbarischer Rohheit entgegenzutreten, um diesen Auswüchsen barbarischer Rohheit entgegenzutreten. (Beifall bei den Kommunisten.) Das uns vorliegende Material umfaßt Angriffe gegen alles, was an religiösen Werten überhaupt vorhanden ist. Ich glaube auch im Namen eines großen Teils der Arbeitlosen zu sprechen, die sich diese Art und Weise der Verhöhnung des christlichen Glaubens und der christlichen Sitte nicht länger gefallen lassen wollen. (Beifall. — Lebhafter Zuruf von den Kommunisten.) Sie (zu den Kommunisten) können sich organisieren und sich auf geschickter Grundlage bewegen, um die Verbesserung der Lage der Arbeitlosen zu erreichen. Aber hier geht es ja um etwas ganz anderes. Die Verhältnisse in Preußen liegen durchaus nicht so, wie sie Herr Torgler gestern hier dargestellt hat. Dort ist das Prinzip, daß ein christlicher Tempel überhaupt keinen Platz mehr haben soll. (Fortsetzung der Rede bei den Kommunisten.) Ich werde an die Länder des Ornat rufen, mit allen Mitteln dieser erbärmlichen Verhöhnung in den Gottlosenabenden ein Ende zu bereiten. (Händeklatschen. — Großer Beifall bei den Kommunisten. — Ordnungsrufe des Präsidenten.) Wir werden mit aller Energie einschreiten gegen diese Unkultur! (Erneuter Beifall.) In einem Tischgebet wird der Heiland in einer Weise behandelt, daß es mir nicht möglich ist, die Berge hier vorzulassen. Es handelt sich um einen barbarischen Glanz in das Geistesleben unseres Volkes! (Hr. Torgler, Komm.: Hören Sie doch mit Ihrem Geistesleben auf! — Fortsetzung der Rede bei den Kommunisten.) Die Entscheidung über die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Volk steht in dieser Stunde nicht zur Debatte. (Lachen bei den Kommunisten.) Das ist Sache des Außenministers. Tatsache ist, daß die in Deutschland vorhandene Opposition gegen politische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland von den deutschen Kommunisten nicht nur eschwert wird, sondern daß diese die Opposition gegen diese Zusammenarbeit geradezu herausfordern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Im weiteren Verlauf der Aussprache befragte der christlich soziale Hrn. Dr. Straßmann das engerische Vorgehen des Innenministers gegen die kircheneidliche Propaganda. Er meinte, der Staat dürfe in diesem Falle auch vor der Einführung der Zensur nicht zurückweichen. Der nationalparteiliche Hrn. Dr. Winkler richtete heftige Angriffe gegen Heinrich Mann, dem er unter Hinweis auf einzelne Stellen in seinem letzten Werk vorwarf, er habe sich nicht ferngehalten von jenem kulturvolkswirtschaftlichen Kreise, die einen Sowjet-Kommunismus angemacht hätten. Winkler verlangte Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der Universitäten.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Der Gesandtschaft zur Klärung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlichen-rechtlicher Kreditanstalten wird ebenfalls angenommen, ebenso der Gesandtschaft über die Eintragung von Hypotheken und Schiffspfandrechten in ausländischer Währung.